



Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Postfach 3269 | 55022 Mainz

Vorsitzenden des Ausschusses für
Wirtschaft und Verkehr
Herrn Thomas Weiner, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz



DER MINISTER
Dr. Volker Wissing
Stiftsstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-2201
Telefax 06131 16-2170
poststelle@mwwlw.rlp.de
www.mwwlw.rlp.de

13. Dezember 2019

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 5. November 2019

TOP 5 Pharmastandort Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT – Vorlage 17/5572

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der vorgenannte Tagesordnungspunkt wurde in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr am 5. November 2019 mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung für erledigt erklärt. Gemäß diesem Beschluss berichte ich wie folgt:

Das Phänomen von globalen Lieferengpässen bei Arzneimitteln ist nicht neu und derart vielschichtig, dass es einen simplen Lösungsweg nicht gibt. In dieser Situation ist es aus hiesiger Sicht wichtig, dass sich alle beteiligten Partner verständigen und am Runden Tisch zu tragfähigen Lösungen gelangen. Insoweit ist der seit September 2016 beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte angesiedelte Jour fixe zu Lieferengpässen zielführend im Sinne der Kommunikationsbereitschaft und der notwendigen Vereinbarung von Empfehlungen zur Verbesserung der Versorgungssituation.

Auch die Pharmaunternehmen sind in diesem Zusammenhang in der Pflicht, ihren Aufgaben zur bedarfsgerechten Versorgung umfassend nachzukommen.

Die Politik hat sich bereits intensiv mit dieser Thematik beschäftigt, zunächst im Rahmen der Gesundheitsministerkonferenz 2018 in Düsseldorf sowie nachfolgend im Gesetzgebungsverfahren zum Gesetz für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung (GSAV) im Frühjahr 2019. Das hat bereits punktuelle Verbesserungen im Rabattvertragssystem gebracht, die aber noch nicht ausreichend sind. Interessant sind Diskussionen im Rahmen des laufenden



Gesetzgebungsverfahren zum Apotheken-Stärkungsgesetz, die Produktion von Arzneimitteln verstärkt an Standorte in Europa und Deutschland zu verlagern.

Ein solches Vorgehen schafft kurze Wege für flexible Lösungen zur Vermeidung von Lieferengpässen und schont gleichzeitig die Umwelt. Dieser Aspekt ist auch vor dem Hintergrund der Diskussionen um eine sinnvolle Klimapolitik nicht zu vernachlässigen. Es macht keinen Sinn, Qualitätssicherung und Produktion von Arzneimitteln nach Asien zu verlagern, wenn diese Prozesse mindestens genauso gut – oder sogar vielfach besser – vor Ort gestaltet werden können. Dadurch können auch derzeit politisch diskutierte sehr bürokratische Lösungen zu erweiterten Anzeige- und Meldepflichten von Pharmaunternehmen zum Produktionsstatus von Arzneimitteln vermieden werden.

Ebenso werden politische Bestrebungen zur Bildung einer nationalen Arzneimittelreserve konsequent abgelehnt, weil dieses Vorhaben nicht mit den Grundsätzen einer sozialen Marktwirtschaft im Arzneimittelbereich kompatibel wäre. Eine Verlagerung der Produktion durch Arzneimittellieferverträge nach Europa ist aus vergaberechtlicher Sicht problematisch. Vielmehr muss der politische Druck auf Pharmaunternehmen in der Öffentlichkeit verstärkt werden, aus Gründen der Klimaneutralität vor Ort zu produzieren.

Rheinland-Pfalz ist mit seinen Standorten in Ingelheim und Ludwigshafen ein gutes Beispiel, dass eine regionale Pharmaproduktion lohnenswert und gewinnbringend sein kann. Die forschenden und entwickelnden Pharmaunternehmen im Land besitzen einen hohen Stellenwert bei der Einführung neuer und innovativer Arzneimittel und Medizinprodukte.

Da diese patentgeschützten Produkte nicht von Engpässen betroffen sind, sind in Rheinland-Pfalz in diesem Bereich keine Abwanderungen von Unternehmen zu verzeichnen. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall. So hat beispielsweise die AbbVie GmbH Co KG kürzlich ein 100 Millionen Euro Investitionsprogramm am Standort Ludwigshafen für neue Laborräume bekanntgegeben. Boehringer Ingelheim hat in den vergangenen 15 Jahren nach eigenen Angaben rund 3,6 Milliarden Euro in den Standort Deutschland investiert. Davon floss gut die Hälfte in den Stammsitz in Ingelheim. Boehringer-Ingelheim investiert die kommenden Jahre auch weiterhin kräftig in unserem Land. Knapp 300 Millionen Euro werden in den Standort in Ingelheim investiert und dieser wird zu einem „internationalen Launch-Zentrum“ im



Gesamtkonzern weiterentwickelt. Der erste Abschnitt, das sogenannte Technikum, wird Ende 2021 fertig sein und schlägt hier alleine mit 128 Millionen Euro zu Buche.

Die Landesregierung legt einen besonderen Wert auf die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen, damit Pharma-Unternehmen weiterhin Produkte vor Ort entwickeln und produzieren können. Denn eine kontinuierliche Produktion trägt entscheidend zur Versorgungssicherheit bei und vermeidet Liefereinschränkungen bei wichtigen Arzneimitteln. Deshalb werden das Gesundheitsministerium und das Wirtschaftsministerium gemeinsam den langjährigen rheinland-pfälzischen Pharmadialog im Sinne der Patientinnen und Patienten sowie der qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter Einbeziehung neuer digitaler Chancen fortsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Volker Wissing